

Zorn und Leere

Großbritannien Zwei Wochen nach dem EU-Referendum zerfleischt sich die politische Elite. Noch immer fehlt ein Brexit-Plan. Die nächste Regierung muss das Land einen – und Europa sollte den Briten nun etwas Zeit geben.

Wer in diesen Tagen auf die britische Demokratie schaut, sieht ein bröckelndes Gebäude. Das ist nicht nur metaphorisch gemeint. Teile des Palasts von Westminster, Sitz des Ober- und Unterhauses, sind von Gerüsten und Plastikplanen umgeben. Die Fassade ist brüchig, durch das Dach dringt Wasser, Leitungen und Abflüsse sind undicht. Die Renovierung wird Jahre dauern und Milliarden kosten. Am Montag musste die Sprecherin des Premierministers ihre wöchentliche Pressekonferenz immer wieder unterbrechen, weil das Gehämmer der Arbeiter draußen zu laut war.

Die Risse zeigen sich im gesamten Königreich. Über dem Land liegt der Kater einer Revolution, die niemand für möglich hielt. Seit dem Brexit-Votum wanken viele Gewissheiten, das Parlament als Herzkammer der Demokratie etwa. Oder die Bindungskraft der großen Parteien. Bei den Konservativen wird der Krieg um die Nachfolge David Camerons vor den gierigen Blicken der Öffentlichkeit ausgetragen, inklusive Verrat und Intrige. Bei Labour kann die Abneigung zwischen der Fraktion und ihrem Vorsitzenden Jeremy Corbyn zu einer Spaltung der Partei führen.

Man verliert schnell den Überblick. Die Kurzfassung der vergangenen zwei Wochen: Der Premierminister tritt ab, weil er die Krise nicht bewältigen möchte, die er verursacht hat. Sein wahrscheinlicher Nachfolger wird vom Justizminister hintertreten, der selbst Premier werden will, damit aber kläglich scheitert. Während die Labour-Abgeordneten ihrem Chef die Schuld am Brexit geben, hoffen die Schotten auf eine zweite Chance zur Abspaltung. Und der Mann, der die ganze Sache losgetreten hat – Nigel Farage –, schlendert in den Ruhestand, bevor der Austritt überhaupt vollzogen ist.

Am Ende bleibt nun eine Frau, die aufräumen muss, was ihre Vorgänger angerichtet haben. Am Donnerstag wählten die Tory-Abgeordneten zwei Kandidatinnen für den Parteivorsitz; bis September können die Parteimitglieder zwischen den beiden entscheiden.

Theresa May, 59, bislang Innenministerin, hat die besten Chancen auf den Einzug in die Downing Street. Sie gilt als europaskeptische Technokratin, die hart gegen illegale

Einwanderer vorging und kaum Verbündete in Westminster hat, eine Einzelgängerin. Nach der Jungsquige aus Eton und Oxford um Cameron herum wäre sie die erfrischendere Wahl für turbulente Zeiten.

Auch ihre Herausfordererin, die Exbankerin Andrea Leadsom, 53, eine Europagegnerin, die vom Brexit-Lager unterstützt wird, hätte sich vor Kurzem niemand als Premierministerin vorstellen können. Der Ausgang des Referendums hat die britische Politik erschüttert, er hat prominente Köpfe um ihre Karriere gebracht und einen tiefen Nihilismus offengelegt.

Schon im Abstimmungskampf fielen alle Schamgrenzen, Lügen wurden als Tatsachen verkauft. Inzwischen kämpfen alle gegen alle, auch wenn sie selbst dabei zugrunde gehen. Londoner Journalisten überbieten sich in Vergleichen zu „House of Cards“ und „Game of Thrones“, aber das Gemetzel von Westminster hat es fast geschafft, die Fiktion zu übertreffen.

Mitten in den Tumult platzt der unabhängige Untersuchungsbericht über den

Zynismus zersetzt die Gesellschaft, der ökonomische Pragmatismus kam irgendwann abhanden.

Irakfeldzug. Dieser bescheinigt dem früheren Premier Tony Blair, sein Land auf Grundlage dünner Beweise in einen Krieg getrieben zu haben.

Der Einmarsch in den Irak ist nicht vergleichbar mit dem EU-Referendum. Im Irak starben Menschen, beim Referendum starb nur die Wahrheit. Doch in beiden Fällen wurde eine skrupellose Elite entzaubert, der alle Mittel recht sind, um Macht zu bekommen oder zu erhalten. Was mit Blair begann und sich mit Cameron fortsetzte, ist der Eindruck, dass es den Akteuren in Westminster nur um das Verkaufen von Politik, um den Spin gehe. Die Macht als Zweck an sich.

Das EU-Referendum hat die Risse in der Gesellschaft nicht verursacht, sondern nur deutlicher hervortreten lassen. Die Kluft zwischen liberalen Großstädtern und Menschen auf dem Land, zwischen Jung und Alt, gebildet und weniger gebildet, zwischen Establishment und Unterschicht.

Das Referendum hat die Grundlagen der repräsentativen Demokratie erschüttert. Die Abgeordneten im Unterhaus stehen nun vor der Aufgabe, in den kommenden Jahren eine Trennung zu begleiten, die sie nie wollten. Sie müssen sich die Frage stellen, ob sie ihre Wähler noch vertreten. Neuwahlen sind dennoch unwahrscheinlich, da derzeit weder die Tories noch Labour davon profitieren würden.

Trotzdem wird das Unterhaus bei den Verhandlungen mit Brüssel nur wenig Mitspracherecht haben. Ausgerechnet jene Institution also, die die Brexit-Kämpfer mit dem Austritt angeblich stärken wollten.

Eine Folge des 23. Juni ist, dass Großbritannien bis auf Weiteres mit sich selbst beschäftigt sein wird. Große Teile der Regierung werden in den Austrittsgesprächen gebunden sein. Eine kohärente Außenpolitik wird sich unter diesen Bedingungen kaum entwickeln, zumal Brexit-Kämpfer wie Michael Gove immer wieder versprochen haben, schnellstmöglich Handelsverträge mit Indien, China, Australien und dem Rest der Welt auf den Weg zu bringen. Daran wird die neue Regierung gemessen werden. Außenpolitisch kann man die Briten für die nächsten Jahre abschreiben.

Die Abnabelung von der verfeimten Brüsseler Bürokratie wird erst einmal neue Bürokratie erzeugen. David Cameron sagt, die Verhandlungen mit der EU seien die größte Herausforderung für den Beamtenapparat seit Jahrzehnten. Er hat eine Brexit-Einheit im Cabinet Office ins Leben gerufen, vergleichbar mit dem Kanzleramt. Oliver Letwin, ein Staatsminister, wird die Einheit leiten. Er ist der Mann, der Großbritannien aus der EU führen soll.

Letwin zieht im Moment Experten aus verschiedenen Ressorts zusammen, darunter aus dem Außen- und Wirtschaftsministerium. Aber auch das wird nicht genügen. Die „Financial Times“ berichtet, die Regierung habe bereits Londoner Anwaltskanzleien und Unternehmensberater um Hilfe gebeten. Brüssel habe 600 in Handelsfragen erfahrene Experten, London dagegen 20. Eine weitere absurde Folge des Brexit ist, dass die Briten nun Fachleute aus dem Ausland anwerben müssen, um sich von der EU zu trennen.

Am Dienstag trat Letwin vor das Parlament, der Auswärtige Ausschuss hatte ihn einbestellt. Es war ein kleiner Termin in



einer großen Woche, aber er zeigt, wie prekär die Lage im Auge des Orkans ist. Die Abgeordneten hatten nur eine Frage: Was ist der Plan für den Austritt? Letwins Antwort: keine Ahnung. Niemand in der Regierung hatte den Ernstfall erwartet. Die Bank of England und das Finanzministerium sind damit beschäftigt, Investoren und die Finanzmärkte zu beruhigen, das ist alles. Letwin steht allein da.

Denkbar ist ein ähnliches Verhältnis zur EU, wie Norwegen es heute hat, mit Zugang zum Binnenmarkt und der Pflicht, EU-Bürger aufzunehmen – ein weicher Brexit. Das ist mit Abstrichen die Variante, die Theresa May bevorzugt. Sie hat deutlich gemacht, dass sie frühestens Ende des Jahres Artikel 50 auslösen werde, sollte sie Cameron beerben. Die Verhandlungen könnten sich bis 2019 ziehen.

Die Alternative ist ein reines Freihandelsabkommen, ähnlich wie es mit Kanada verhandelt wird. Das hätte große Nachteile für den Dienstleistungs- und Finanzsektor zur Folge. Dafür könnte Großbritannien über die Zahl der Einwanderer selbst bestimmen – ein harter Brexit.

Politisch war das EU-Referendum die teuerste Fehlspekulation eines britischen Premierministers seit Jahrzehnten. Cameron wird in die Geschichte eingehen wie Lord North, der als Premier versehentlich die Kolonien in Amerika verlor, oder Blair, der seit dem Irakdesaster nur noch Tony „Bliar“ heißt – Lügner. Traurige Figuren, alle drei.

Die Kunst für die nächste Regierung wird darin bestehen, das gespaltene Königreich wieder zu vereinen. In etlichen Gegenden Englands stellen die Bürger schon lange keine Ansprüche mehr an die Politik, nach all den Spesenskandalen im Parlament, den Milliarden zur Rettung von Banken. Viele Briten haben nur das Bedürfnis, die Frage nach Aufstieg und Wohlstand beantwortet zu bekommen: Wird mein Leben morgen besser sein als heute, wenn ich mich anstrengt? Oder ist ohnehin alles verloren, egal, was ich tue?

Zynismus ist eine zersetzende Kraft in einer Gesellschaft. Die Mehrheit der Briten vertraut ihren Eliten nicht mehr. Der ökonomische Pragmatismus der Briten, auf den immer Verlass war, kam irgendwann abhanden. Das Volk ist längst nicht mehr so staatsgläubig und konformistisch wie in den Nachkriegsjahren. Die EU-Gegner haben das gespürt. Der Brexit wurde aus Trotz geboren.

Lässt sich der Brexit jetzt noch abwenden? Die einfache Antwort lautet: nein. Zwar prüfen Anwälte im Auftrag von EU-Befürwortern noch, ob das Parlament zustimmen muss, bevor die Regierung Arti-



Innenministerin May, Anti-Brexit-Demonstranten*: Beim Referendum starb die Wahrheit

* Unten: vor dem Haus von Brexit-Befürworter Boris Johnson in London.

kel 50 auslöst und die Austrittsprozedur in Gang setzt. Aber selbst in diesem Fall wird sich das Unterhaus kaum über das Volk hinwegsetzen.

Über 17 Millionen Briten haben für den Austritt aus der EU gestimmt, 1,3 Millionen mehr als für den Verbleib. Selbst wenn viele Briten zu dem Schluss kommen sollten, dass sie den Brexit doch nicht wünschen, lässt sich das Referendum nicht zurückdrehen. Europa tut gut daran, diese Realität zu akzeptieren, auch wenn das Triumphgeheul eines Populisten wie Nigel Farage nur schwer erträglich ist.

Farage war kaum mehr als ein polternder Zwischenrufer im großen Pub der britischen Politik. Sein Abgang zeigt, dass er nie Verantwortung übernehmen wollte. Aus seiner Sicht war es konsequent zu verschwinden. Der Fehler war, die Leute, für die er sprach, nicht ernst zu nehmen.

Was bleibt, sind Zorn und Leere. „Ich kann mich an keine Zeit erinnern, in der so viel Wut so nah an der Oberfläche war“, sagt der Historiker Timothy Garton Ash.

Es wäre aus deutscher Sicht verführerisch, auf den Triumph der Brexiteers nun mit Trotz und Härte zu reagieren. Kurzfristig wäre das befriedigend, auf lange Sicht kontraproduktiv. Bundeskanzlerin Angela Merkel will Großbritannien zu Recht so eng wie möglich an den Kontinent binden, aus historischen, wirtschaftlichen und geostrategischen Gründen. Denn eines hat sich mit dem 23. Juni nicht geändert: die geografische Lage der Insel. Und ihre Bedeutung für den deutschen Export.

Für die Europäer wäre es deshalb klug und gut, nun auf Zeit zu spielen und abzuwarten, bis sich die Briten einig sind, was sie wollen. Die neue Regierung wird nicht vor September stehen. Sie könnte zu dem Schluss gelangen, dass es besser ist, das Volk von den Vorteilen kontrollierter Einwanderung zu überzeugen, als auf den Zugang zum Binnenmarkt völlig zu verzichten. Vor allem Deutschland kommt in den Verhandlungen viel Macht zu.

Am Ende könnte aus der Asche des Referendums eine neue Form der assoziierten Mitgliedschaft in der Union entstehen. Für viele Länder am Rand des Kontinents wie Norwegen, die Schweiz, aber auch die Ukraine oder die Türkei kommt die volle Integration in den europäischen Klub nicht infrage. Die EU ist aber daran interessiert, diese Staaten an sich zu binden.

Europa muss einen Weg finden, die Briten in den kommenden Jahren nicht ganz zu verlieren. Denn was auch noch bleibt, sind jene 48 Prozent auf der Insel, die für die EU gestimmt haben. Fast ein halbes Land, das enttäuscht von seiner anderen Hälfte ist und nun auf Europa blickt. Der größte Fehler wäre es, diesen Teil Britanniens im Stich zu lassen.

Christoph Scheuermann
Twitter: @chrischeuermann

„Wir sind klüger und stärker“

Russland Kremlberater Sergej Karaganow über die Kriegsgefahr in Europa, die Wiederbelebung der Nato und die Unfähigkeit des Westens, grundlegende russische Werte zu verstehen

Karaganow, 63, ist Ehrenvorsitzender des einflussreichen Rates für Außen- und Verteidigungspolitik, der Konzepte für Russlands weltweite Strategien entwirft und im Mai neue Thesen zur Außenpolitik vorgelegt hat. Dem Rat gehören Politiker, Ökonomen sowie ehemalige Offiziere und Geheimdienstler an. Karaganow ist Berater der Präsidentschaft von Wladimir Putin und Dekan an der Moskauer Eliteuniversität Higher School of Economics.

SPIEGEL: Sergej Alexandrowitsch, die Nato will sich militärisch mehr in Osteuropa engagieren – als Reaktion auf das Vorgehen Russlands in letzter Zeit. Westliche Politiker warnen davor, dass beide Seiten in eine Situation abrutschen könnten, die zum Krieg führt. Ist das übertrieben?

Karaganow: Ich habe vor acht Jahren bereits von einer Vorkriegssituation gesprochen.

SPIEGEL: ... als der Georgienkrieg ausbrach.

Karaganow: Schon damals tendierte das Vertrauen der großen Mächte untereinander gegen null; Russland begann mit der Neubewaffnung seiner Armee. Seither hat sich die Lage extrem verschlechtert. Wir hatten die Nato davor gewarnt, sich den Grenzen der Ukraine zu nähern, weil das eine für uns unannehmbare Situation schaffen würde. Das Vordringen des Westens in diese Richtung hat Russland gestoppt, mittelfristig ist damit hoffentlich die Gefahr eines großen Krieges in Europa gebannt. Aber die Propaganda, die jetzt läuft, erinnert an die Zeit vor einem neuen Krieg.

SPIEGEL: Das beziehen Sie hoffentlich auch auf Russland?

Karaganow: Die russischen Medien sind zurückhaltender als die westlichen. Wenn gleich Sie verstehen müssen: In Russland gibt es ein sehr starkes Verteidigungsbewusstsein. Wir müssen auf alles vorbereitet sein. Deswegen diese mitunter massive Propaganda. Aber was macht der Westen? Er verteuft Russland nur noch, er glaubt, wir drohen mit einer Aggression. Die Situation ist vergleichbar mit der Krise Ende der Siebzigerjahre, Anfang der Achtzigerjahre.

SPIEGEL: Sie meinen die Stationierung der sowjetischen Mittelstreckenraketen und die amerikanische Reaktion darauf?

Karaganow: Europa fühlte sich damals schwach und befürchtete, die Amerikaner würden den Kontinent verlassen. Die Sowjetunion aber, obwohl im Innern bereits

völlig verfault, fühlte sich militärisch stark und beging die Dummheit, die SS-20-Raketen zu stationieren. So begann eine völlig sinnlose Krise. Jetzt ist es umgekehrt. Jetzt sollen osteuropäische Länder wie Polen, Litauen oder Lettland dadurch beruhigt werden, dass die Nato bei ihnen Waffen stationiert. Das hilft ihnen aber nicht, wir werten das als Provokation. Im Falle einer Krise werden genau diese Waffen vernichtet. Russland wird nie wieder auf seinem eigenen Territorium kämpfen ...

SPIEGEL: ... sondern, wenn ich Sie richtig verstehe, Vorwärtsverteidigung betreiben.

Karaganow: Die Nato ist jetzt 800 Kilometer näher an den russischen Grenzen, die Waffen sind ganz andere, die strategische Stabilität in Europa verändert sich. Alles ist weit schlimmer als vor 30 oder 40 Jahren.

SPIEGEL: Russische Politiker, Präsident Putin eingeschlossen, versuchen die eigene Bevölkerung glauben zu machen, der Westen wolle einen Krieg – um Russland zu zerstückeln. Das ist doch absurd.

Karaganow: Sicher ist das auch Übertreibung. Aber amerikanische Politiker sprechen offen davon, dass die Sanktionen einen Regimewechsel in Russland herbeiführen sollen. Das ist aggressiv genug.

SPIEGEL: Die Abendnachrichten im russischen Fernsehen scheinen weiter von der Wirklichkeit entfernt. Selbst eine Moskauer Zeitung schrieb dieser Tage von einem „Phantom der äußeren Bedrohung“.

Karaganow: Die politischen Eliten in Russland wollen keine Reformen im Innern, sie sind dazu nicht bereit. Eine Gefahr von außen kommt ihnen da gerade recht. Sie müssen bedenken: Russland beruht auf zwei nationalen Ideen – der Verteidigung und der Souveränität. Bei uns behandelt man Fragen der Sicherheit weit ehrfurchtvoller als in anderen Ländern.

SPIEGEL: Selbst russische Experten sehen in der Erweiterung der Nato keine reale Gefahr für Russland. Die Nato war bis zur Krim-Annexion ein Papiertiger.

Karaganow: Ihre Erweiterung wurde als Verrat an Russland verstanden.

SPIEGEL: Ihr Rat hat Thesen zur Außen- und Verteidigungspolitik vorgelegt. Sie reden dort von der Rückgewinnung von Führerschaft in der Welt. Russland will nicht an Macht verlieren, die Botschaft wird klar. Aber welche Vorschläge macht es?

Karaganow: Wir wollen eine weitere Destabilisierung der Welt verhindern. Und